

DIE

Magazin der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien – www.ju-sachsen.de

SCHWARZEN

SEITEN

Kohlekommission Wie geht es weiter in der Lausitz?

Heft #2 Dezember 2018

#CDUVorsitz | Unsere CDU stellt sich neu auf.

#Lichtfest | Leipziger Lichtfest im Wandel

#Taiwan | Repräsentant im Interview

#Bildungsreise | Bericht aus Minsk

Liebe Mitglieder und Freunde,

Angela Merkel hat am 29. Oktober 2018 bekanntgegeben, nicht mehr für den CDU-Bundesvorsitz zu kandidieren. Sie hat in den vergangenen 18 Jahren erfolgreich als Bundesvorsitzende der CDU gearbeitet. In dieser Zeit haben sich viele Menschen entschlossen, der Partei beizutreten und sie wurde modernisiert. Dafür gilt ihr auch unser Dank.

Angela Merkel schafft das, was bisher keinem ihrer Vorgänger gelungen ist: Sie verlässt die Spitze unserer Partei freiwillig. So gestaltet sie den personellen Neuanfang mit. Sie zeigt, dass es ihr um die Partei geht, nicht um ihre Person. Das verdient großen Respekt. Dennoch glaube ich, dass ihr Rückzug richtig und notwendig war, um die Partei inhaltlich und personell zu erneuern. Es gilt jetzt, neue Ideen und Impulse für die Partei zu entwickeln. Es ist gut, dass sich nun mehrere Kandidaten zur Wahl um die Nachfolge von Angela Merkel stellen. Das zeigt, dass die CDU eine lebendige und breit aufgestellte Volkspartei ist.

Ich spüre innerhalb der CDU – und auch in allen Gliederungen der Unionsfamilie – eine unheimliche Aufbruchsstimmung und Motivation. Mit AKK, Friedrich Merz und Jens Spahn sind herausragende Kandidaten im Rennen um den Parteivorsitz am 7. Dezember 2018 in Hamburg. Ich freue mich auf die Regionalkonferenzen und den innerparteilichen Diskurs mit den Kandidaten. Als Junge Union werden wir diesen Prozess aktiv begleiten und gegenüber allen drei Kandidaten unsere Ziele und Vorstellungen offensiv artikulieren.

In den vergangenen Wochen haben die vom JU-Landesvorstand etablierten Arbeitsgruppen ihre Arbeit aufgenommen:

- Programmkommission zum Regierungsprogramm 2019 der Sächsischen Union
- Arbeitsgruppe Ländlicher Raum
- Arbeitsgruppe Kommunale Finanzen

Gemeinsam mit der Senioren Union Sachsen haben wir zwei gemeinsame Landesvorstandssitzungen abgehalten. Wir sind Motor für eine generationenverbindende Politik. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die großen gesellschaftlichen Themen und Fragestellungen nur gemeinsam generationenübergreifend bewältigen werden. Auch mit der MIT Sachsen haben wir die Zusammenarbeit intensiviert. Im I. Quartal 2019 soll es eine gemeinsame Start up-Innovations-Messe geben.

Ich wünsche euch viel Spaß bei der Lektüre.



Euer Tom





KOHLEKOMMISSION | S. 4



BERICHT #DLT18 | S. 8



MARCO WANDERWITZ

S. 10

Unsere CDU stellt sich neu auf



**UNSERE ABGEORDNETEN
IM BUNDESTAG | S. 12**



**INTERVIEW MIT
CHRISTIAN HARTMANN
S. 15**



MATTHIAS RÖSSLER

S. 16

Volkes Stimme und hippe
Großstadtcafés



**GLAUBE, WERTE,
POLITIK | S. 20**



**LEIPZIGER LICHTFEST IM
WANDEL | S. 22**



EIN BLICK NACH TAIWAN

S. 24



BERICHT AUS MINSK

S. 28



AUFGESCHNAPPT | S. 35

IMPRESSUM | Herausgeber taktiker Werbeagentur GmbH, Melanchthonstr. 7 | 01099 Dresden **Im Auftrag von** Junge Union Sachsen & Niederschlesien, Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden, Mail: post@ju-sachsen.de **Chefredakteur** Hans-Jürgen Rosch, Mail: chefredakteur@ju-sachsen.de **Redaktion** Hans-Jürgen Rosch **Anzeigenleitung** taktiker Werbeagentur GmbH **Autoren** Tom Unger, Hans-Jürgen Rosch, Florian Oest, Bianca Schulz, Marco Wanderwitz, Christian Hartmann, Dr. Matthias Rössler, Martin Kuhlke, Anne Jentsch, Rainer Burgold, Julian Schröder, Johannes Fiolka, Johannes Schwenk **KV-Berichte** Franziska Kunze (Bautzen), Renzo Di Leo (Chemnitz), Johannes Schwenk (Dresden), Tom Unger (Erzgebirge), Martin Kuhlke (Görlitz), Anne Jentsch (Leipzig), Dr. Hagen Schäfer (Meißen), Robert Frisch (Mittelsachsen), Florian Stehl (Nordsachsen), Sandro Zimmermann (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Jan Schuster (Zwickau) **Fotonachweis** Titel: LianeM - Fotolia.com, S. 4: imohn - Fotolia.com, S. 5: dpa, Max Lautenschläger, agora, Juergen Jeibmann, S. 8/9: Junge Union Deutschland, S. 10: CDU Jan Kopetzky, S. 12: CDU Jan Kopetzky, S. 13: designed by RichardLey-Freepik.com, S. 13: Susanne Dmoaratus-Enders, CDU Jan Kopetzky, Phototek Berlin Köhler, Tobias Koch, S. 14: CDU Jan Kopetzky, S. 15: Christian Hartmann, S. 16: Sächsischer Landtag Giersch, S.18/19: JU Sachsen, S. 20/21: Christian Blümel, S. 22/23: Anne Jentsch, S. 24-27: Tom Unger, Seite 28-30: Johannes Schwenk **Grafiken** S. 14: Designed by Freepik, S. 15: Designed by ibrandify/Freepik **Vertrieb Print** Junge Union Sachsen & Niederschlesien **Vertrieb Digital** Eigenvertrieb **Druck** Aussiger Druckereien GmbH **Satz/Layout/Titellayout** taktiker Werbeagentur GmbH **Auflage** 1.400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Urheberrechte für vom Herausgeber erstellte Anzeigenentwürfe bleiben bei „taktiker Werbeagentur“. Die Schwarzen Seiten erscheinen normalerweise drei Mal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



KOHLEKOMMISSION – WER? WAS? WANN? WIE?

Von Hans-Jürgen Rosch

Am 06. Juni 2018 hat die Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) eingesetzt. Wer alles darin vertreten ist, was die Mitglieder sich vorgenommen haben und wie wir dazu stehen, haben wir euch auf den kommenden Seiten zusammengefasst.

Eigentlich wollten die Mitglieder der Kohlekommission sich bis Ende November auf ein Konzept für den Kohleausstieg geeinigt haben. Es kann also sein, dass dieser Artikel, wenn er Anfang Dezember veröffentlicht wird, schon wieder überholt ist. Doch die beiden ostdeutschen Regierungschefs Michael Kretschmer und Reinier Haseloff können mit den bisherigen Vorstößen wenig anfangen. Es kann sich also noch ziehen und es bleibt spannend, ob das eigentliche Ziel, bis Ende 2018 ein Konzept vorgelegt zu haben, eingehalten werden kann.

Doch lasst uns von vorne beginnen. Nachdem eine solche Kommission bereits mehrfach in unterschiedlichen Papieren, wie zum Beispiel 2016 im „Impulspapier Strom 2030“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) oder dem Klimaschutzplan 2050, erwähnt wurde, hielt sie auch Einzug in den aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.

Im Koalitionsvertrag heißt es genau: „Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die auf Basis des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Klimaschutzplans 2050 bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

- Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 so weit wie möglich zu reduzieren,
- Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,
- einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendi-

gen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und

- die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes.

Ein zeitlich paralleles Vorgehen soll für den Bau- und Verkehrssektor erfolgen. Damit schaffen wir die Grundlagen dafür, dass die Sektorziele 2030 erreicht werden. Auf dieser Grundlage wollen wir ein Gesetz verabschieden, das die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 gewährleistet. Wir werden 2019 eine rechtlich verbindliche Umsetzung verabschieden.

Der Bund wird sich mit den betroffenen Regionen auch über die Fortführung der Braunkohlesanierung nach 2022 abstimmen.“

Einig war man sich, dass erst Lösungen

gefunden werden sollen und dann gemeinsam ein Datum festgelegt wird. Eigentlich! Die Befürworter des Kohleausstiegs haben für sich intern das Jahr 2030 als Ziel festgelegt. Die Vertreter der Regionen waren eher für einen behutsamen und abgesicherten Ausstieg, für den sie etwas das Jahr 2040 ins Auge genommen haben. Umso größer war der Aufschrei, als Ronald Pofalla als einer der Vorsitzenden voranpreschte.

Demzufolge sollen die letzten Kohlekraftwerke zwischen 2035 und 2038 geschlossen werden. Eine entsprechende

Kompromisslinie habe Bahn-Vorstand Ronald Pofalla angeblich nach einer Reihe von Gesprächen mit den anderen Mitgliedern der Kommission erarbeitet und diese im Bundesumweltministerium sowie im Kanzleramt vorgestellt. Dementi kamen sofort von allen Seiten, da sie sich übergangen fühlten und die weitere Arbeit sowie die bisherigen Ergebnisse für ein gemeinsames Ziel in Gefahr sahen.

Dieser Brief hat Wirkung gezeigt. In ihrer Rede im Bundestag, am 21. November 2018, konnte man Angela Merkels Kritik erkennen: „Es geht nicht darum,

als Erstes irgendwelche Ausstiegsdaten zu beschließen, sondern es geht darum, Menschen Hoffnung zu geben, Zukunft zu geben, Strukturwandel wirklich vorzubereiten“, sagte die Bundeskanzlerin. In den Augen Merkels hat die Kommission ihre Aufgabe, den Wandel „wirklich vorzubereiten“, bisher nicht erfüllt und sie drängt auf Änderungen. Am Dienstag, dem 20. November 2018, haben die Fraktionsspitzen beschlossen, der Kohlekommission noch Zeit bis Ende Januar 2019 zu geben. Ob in dieser Arbeitsatmosphäre noch eine Einigung möglich ist, bleibt spannend.

DIE MITGLIEDER DER KOHLEKOMMISSION

Der Kommission gehören 28 stimmberechtigte Mitglieder an:

Die Vorsitzenden

	Matthias Platzeck (SPD)	<ul style="list-style-type: none"> • ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg
	Ronald Pofalla (CDU)	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsmitglied der Deutsche Bahn AG
	Barbara Praetorius	<ul style="list-style-type: none"> • Volkswirtin, Politikwissenschaftlerin • frühere Vizedirektorin der ökologischen Denkfabrik Agora Energiewende
	Stanislaw Tillich (CDU)	<ul style="list-style-type: none"> • ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen

Stimmberechtigte Mitglieder			
Jutta Allmendinger	<ul style="list-style-type: none"> Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung 	Kai Niebert	<ul style="list-style-type: none"> Leiter des Lehrstuhls Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeitsforscher an der Universität Zürich Gastprofessor an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg
Antje Grothus	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerinitiative Buirer für Buir Koordinatorin Kohlepolitik NRW bei der Klima-Allianz Deutschland 	Annekatrien Niebuhr	<ul style="list-style-type: none"> Professorin für Arbeitsmarkt- und Regionalforschung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB Nord
Gerda Hasselfeldt (CSU)	<ul style="list-style-type: none"> Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) e.V. 	Reiner Priggen	<ul style="list-style-type: none"> Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW e.V.
Christine Herntier (parteilos)	<ul style="list-style-type: none"> Bürgermeisterin von Spremberg Sprecherin für die Brandenburger Kommunen der Lausitzrunde 	Katherina Reiche (CDU)	<ul style="list-style-type: none"> Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) e.V.
Martin Kaiser	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsführer Kampagnen bei Greenpeace Deutschland e.V. 	Gunda Röstel (B90/Die Grünen)	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH Prokuristin der Gelsenwasser AG
Steffen Kampeter (CDU)	<ul style="list-style-type: none"> Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 	Andreas Scheidt	<ul style="list-style-type: none"> Mitglied im Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di
Stefan Kapferer (FDP)	<ul style="list-style-type: none"> Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) e.V. 	Hans Joachim Schellnhuber	<ul style="list-style-type: none"> Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)
Dieter Kempf	<ul style="list-style-type: none"> Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) e.V. 	Eric Schweitzer	<ul style="list-style-type: none"> Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)
Stefan Körzell	<ul style="list-style-type: none"> Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 	Michael Vassiliadis	<ul style="list-style-type: none"> Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)
Michael Kreuzberg (CDU)	<ul style="list-style-type: none"> Landrat des Rhein-Erft-Kreises 	Ralf B. Wehrspohn	<ul style="list-style-type: none"> Leiter des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS)
Felix Matthes	<ul style="list-style-type: none"> Forschungskordinator Energie und Klimapolitik des Ökoinstituts e.V. 	Hubert Weiger	<ul style="list-style-type: none"> Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
Claudia Nemat	<ul style="list-style-type: none"> Mitglied des Vorstands der Deutschen Telekom AG 	Hannelore Wodtke	<ul style="list-style-type: none"> Vorsitzende der Wählergruppe „Grüne Zukunft Welzow“

Neben den oben aufgeführten stimmberechtigten Mitgliedern gibt es auch drei Mitglieder des Deutschen Bundestages, die zwar Rederecht auf den Sitzungen der Kommission haben, aber nicht abstimmen dürfen:

Andreas G. Lämmel (CDU) | **Andreas Lenz** (CSU) | **Matthias Miersch** (SPD)

UNSERE MEINUNG ZUM STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ

Ein Text von Florian Oest und Hans-Jürgen Rosch zu den Ideen und Ansätzen, die wir als Junge Union für die strukturelle Entwicklung in der Lausitz erarbeitet haben.

Damit der Ausstieg aus der Braunkohleförderung in der Lausitz nicht zum Strukturbruch führt, muss dieser aktiv und mit ausreichend Vorlaufzeit gestaltet werden. Mit der klimapolitischen Entscheidung bei der Energieerzeugung auf die Verbrennung von Braunkohle zu verzichten, bricht für die Lausitz die letzte wirtschaftliche Bastion weg. Im Kern geht es darum, die Wirtschaftskraft, die sich aus dem Abbau von Braunkohle für die Region rund um Boxberg ergibt, zu sichern.

Dafür braucht es auch in Zukunft gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Gegenwärtig erreicht Ostdeutschland weniger als 75 % der Wirtschaftskraft der westlichen Bundes-

länder. Auch deshalb müssen zunächst verbindliche Alternativen zur Braunkohle als Garant für gute Jobs greifbar sein, bevor der Kohleausstieg in der Lausitz terminiert wird.

Bei dem Ausstieg aus der Braunkohle in der Lausitz handelt es sich um eine nationale Herausforderung, die durch die Region allein nicht zu stemmen ist. Der Bund als auch der Freistaat Sachsen müssen ausreichend finanzielle Ressourcen bereithalten, damit die Region auch zukünftig für junge Menschen und Familien lebenswert ist. Gleichzeitig dürfen diese finanziellen Mittel nicht mit der Gießkanne ausgeschüttet werden, sondern intelligent und gezielt eingesetzt wer-

den. Dem Strukturwandel in der Lausitz muss mit einer Gesamtstrategie entgegnet werden, um die Standortnachteile auszugleichen und jungen Menschen und Familien in der Region eine Perspektive zu geben.

„Erst verbindliche Alternativen für gute Jobs, dann Kohleausstieg.“

Die Ansiedlung von Unternehmen sollte in der Lausitz durch verringerte Steuerlast für Unternehmen sowie die vollständige Förderung von Erweiterungsinvestitionen und Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ganz besonders gefördert werden. So sollen Anreize für verantwortungsvolle Unternehmen, die Wertschöpfung innerhalb von Ostsachsen betreiben wollen, geschaffen werden.

Die Lausitz sollte zum Beispiel zu einer Modellregion für die neue Mobilfunkgeneration 5G werden. Die Technologie kann der Region eine Vorreiterrolle für neue digitale Wirtschaft einbringen und zeigen, was alles möglich ist. Mobilität zu jeder Zeit, autonomes Fahren, Pakete via

Drohne, Pflege zu Hause via Roboter, Testfelder für neue Roboter und künstliche Intelligenz, ja sogar Doro Bär's Flugtaxi kann hier sehr bald Realität werden. Bisher gibt es solche Anwendungsgebiete vor allem in China. Lasst uns die Lausitz zur ersten in Europa machen!

Darüber hinaus muss die klassische Infrastruktur auf Straße und Schiene deutlich ausgebaut werden. Dazu gehört der mittelfristige Ausbau der A4 von Görlitz nach Dresden auf sechs Streifen genauso, wie die Elektrifizierung der Bahnstrecken Görlitz - Dresden, Görlitz - Cottbus und der Aufbau einer ICE-Verbindung zwischen Görlitz und Berlin.

Weiterhin hat die Politik durch die Errichtung und Verlegung von staatlichen Einrichtungen die Möglichkeit, strukturschwache Regionen zu stärken. Dadurch werden gut bezahlte Arbeitsplätze in die Region gebracht und die Kaufkraft gestärkt. Damit der Strukturwandel in der Lausitz ein Erfolg wird, muss die Region durch Land und Bund ausreichend unterstützt werden und infrastrukturell zu einer Modellregion entwickelt werden.



Dem Strukturwandel in der Lausitz muss mit einer Gesamtstrategie begegnet werden, um die Standortnachteile auszugleichen und jungen Menschen und Familien in der Region eine Perspektive zu geben. Zudem wünsche ich mir ein Bekenntnis der Bundesregierung zum Industriestandort Lausitz.

Florian Oest | stellvertretender Landesvorsitzender

#DLT18 - FESTER KURS UND KLARE KOORDINATEN

Ein Bericht unseres wiedergewählten Bundesvorstandsmitgliedes Bianca Schulz.



Paul Ziemiak nach seiner Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden.



Angela Merkel bei ihrer Rede auf dem DLT18.



Blick in den Tagungssaal.

Um im maritimen Bild zu bleiben: In Politik und Gesellschaft scheint die See seit einiger Zeit rauer und die Wellen höher zu schlagen als noch vor einigen Jahren. Gerade mit Beginn des Herbstes bringen die Stürme so manches Boot ins Wanken. So lag auch der Deutschlandtag der Jungen Union Anfang Oktober 2018 in Kiel in einer spannenden Wetterlage – knapp vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, nur knapp nach der überraschenden Wahl des neuen Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU.

Noch beim Deutschlandtag 2017 in Dresden hatte die JU nach der Bundestagswahl frischen Wind in Partei und Regierung von den Mutterparteien gefordert. Mit Blick auf die Gästeliste in Kiel, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer führte, wurde zumindest eine personelle leichte Brise deutlich, die durch die Spitzenpositionen geweht war.

Einen regelrechten Jubelsturm löste jedoch ein anderer aus: Ralph Brinkhaus. Er traf in seiner Rede am Sonntag den Nerv: „Wir müssen aus der Defensive raus“, sagte er. Brinkhaus forderte eine neue innerparteiliche Arbeitsweise an Projekten über die etablierten Strukturen hinweg, an der sich alle beteiligen können: Jedes Mitglied und Nicht-Mitglied. Die Junge Union werde dabei mit ihrem Tatendrang gebraucht – auch um die Bundestagsfraktion mit Ideen anzutreiben. Es brauche auch eine Politik der Personalentwicklung.

Eine Meuterei war am Vortag jedoch ausgeblieben, als Bundeskanzlerin Angela Merkel eine ausgesprochen themenorientierte Rede hielt – ihre wohl letzte als CDU-Parteivorsitzende beim Deutschlandtag. Europa als Innovationsstandort etablieren, vernünftige Lösungen für die Betroffenen bei Fahrverboten, eine gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa, gleichwertige Lebensverhältnisse. Und natürlich ging es auch um Flüchtlinge. Die Bundeskanzlerin will mehr Hilfe zur Selbsthilfe in

Afrika, appelliert an die unumstößlich im Grundgesetz verankerte Würde des Menschen, sie fordert gleichsam eine konsequente Umsetzung des geltenden Rechtes - auch bei Abschiebungen.

Die anschließende Fragerunde ist ebenfalls sachlich – die Bundeskanzlerin antwortet wie gewohnt mit Detailwissen und Charme. Und wie nahezu alle Redner ruft auch sie zu einem stärkeren Zusammenhalt in der Union und der Gesellschaft auf. Bleibt nicht zu vergessen, der freundliche Hinweis, dass der neue geschäftsführende Bundesvorstand der JU ziemlich männlich sei und Frauen – ob man es glaubt oder nicht – das Leben und die Gesellschaft sehr bereichern. Den Zusammenhalt innerhalb der JU, trotz der Spannungen zwischen CDU und CSU, hatte Paul am Freitag beschworen – mit einem klaren Fingerzeig auf die Regierung: „Diese Gro-Ko taumelt von Krisensitzung zu Krisensitzung, beschäftigt sich nur mit sich selbst, statt mit den Problemen in diesem Land. Darauf haben weder wir noch die Menschen in diesem Land Bock.“ Dass die JU-Delegierten geschlossen hinter ihm stehen, verdeutlichte das historische Ergebnis von 91 Prozent zu seiner Wiederwahl als Bundesvorsitzender.

„Wir müssen aus der Defensive raus.“

Neben den Neuwahlen des Bundesvorstandes und zahlreichen hochkarätigen Gästen, ging es auch inhaltlich in Richtung Zukunft. Die Kieler Erklärung forderte unter dem Titel „Ein freier und fairer Welthandel für das 21. Jahrhundert“ einen Neustart für TTIP zu wagen und eine enge Partnerschaft der EU und Großbritanniens auch nach dem Brexit.

Um unseren ideellen und wirtschaftlichen Wohlstand zu wahren, ruft der Leitantrag „Deutschland 2030“ zu wegweisenden Reformen auf: eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungsstrategie, der flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes und der Erhalt des Lebensleistungsprinzips der Rente sind nur einige der Forderungen.

Eine der größten Debatten löste allerdings eine andere Frage aus: Sollte die Amt des Bundeskanzlers begrenzt werden? Die Mehrzahl der Delegierten befürwortete dies auch wenn die Kanzlerin darauf hinwies, dass diese Forderung die Freiheit des Mandats eines Bundestagsabgeordneten stark einschränkt und man dies nicht so einfach hinnehmen sollte. So ein Sturm kneift zwar im Gesicht – aber er bringt auch frische Luft und treibt das Segelboot an.



Bianca Schulz bei ihrer Vorstellungsrede.



Die Feier am Freitagabend in der Sparkassen-Arena-Kiel



Blick in die ostdeutschen Reihen während einer Abstimmung.



Manfred Weber bat um Unterstützung für seine EVP-Spitzenkandidatur.



„UNSERE CDU STELLT SICH NEU AUF“

Es ist gerade viel los in Berlin. Für uns ordnet der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag und Parlamentarische Staatssekretär Marco Wanderwitz die aktuelle Situation ein.

Es war wohl das, was man gemeinhin als Paukenschlag bezeichnet, als Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montag nach der Hessenwahl erklärte, dass sie auf dem Bundesparteitag in Hamburg am 7./8. Dezember nicht noch einmal für den Bundesvorsitz antreten wird. Obgleich sich in den Wochen zuvor die Anzeichen dafür mehrten, hatten Viele ihr nicht zugetraut, dass Sie den Übergang in die „Nach-Merkel-Ära“ selbst aktiv mitgestaltet. Angela Merkel hat damit geschafft, was Wenigen gelingt: Loslassen zu können.

Seit April 2000 ist Angela Merkel Vorsitzende der CDU Deutschlands; nur Helmut Kohl war länger Bundesvorsitzender. Unter ihrer Führung schafften wir es aus dem Tal der Tränen der „grandios“ verlorenen Bundestagswahl 1998 und der Spendenaffäre. Nachdem 2002 Edmund Stoiber noch einmal die Bundestagswahl verloren hatte, erreichten wir es

seit 2005 mit Angela Merkel als Kanzlerkandidatin vier Mal die Bundesregierung zu führen. 2013 schafften wir dabei sogar noch einmal, was seit 1994 nicht mehr gelang: Mehr als 40 Prozent der Stimmen zu holen.

„Die CDU kam unter Angela Merkel im neuen Jahrtausend an.“

Die CDU kam in dieser Zeit auch inhaltlich im neuen Jahrtausend an – und ist in für große Sammlungsparteien weltweit schwierigen Zeiten die einzig verbliebene Volkspartei in Deutschland geblieben. Die Jahre

unter der Parteivorsitzenden Angela Merkel waren gute Jahre für unsere CDU, die Jahre ihrer Kanzlerschaft gute Jahre für unser Land. Ich freue mich, dass Angela Merkel bis zum Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als Kanzlerin zur Verfügung steht.

Seit Februar 2018 ist Annegret Kramp-Karrenbauer Generalsekretärin und hat den Aufbruch vorangetrieben. Auch

sie ist eine, die gezeigt hat, wie man Wahlen gewinnt: Im März 2017 erreichte die CDU Saar unter ihrer Führung ebenfalls wieder einmal über 40 Prozent. Diese Landtagswahl war auch der Grundstein für den Regierungswechsel in NRW und Schleswig-Holstein sowie die Regierungsbeteiligung in Niedersachsen im weiteren Jahresverlauf.

Die erfolgreiche Zuhörtour legte die Grundlage für den Weg zum neuen Grundsatzprogramm. Die Ideen, Anregungen und Wünsche unserer Mitglieder wurden zusammengetragen, wir haben intensiv miteinander diskutiert. Nun, nach der Auswertung, hat der Bundesvorstand im Oktober zwölf Leitfragen mit zwölf Unterpunkten beschlossen, die die Delegierten auf dem Bundesparteitag beraten werden. In der ersten Jahreshälfte 2019 steht dann deren Bewertung durch die Mitglieder an.

Parallel nehmen die Bundesfachausschüsse und Netzwerke ihre Arbeit auf. Im zweiten Halbjahr 2019 entsteht in Programmkonferenzen der erste Programmentwurf, der dann 2020 im Rahmen einer Antworttour wieder breit mit den Mitgliedern

diskutiert wird, bevor Ende 2020 der Bundespartei beschließt. Eine breite, intensive Debatte zu unseren Grundüberzeugungen. Richtig und wichtig.

„Drei sehr veritable Kandidaten stehen zur Auswahl. Was für ein Luxus!“

Jetzt steht bereits die Wahl im Bundesvorsitz an. Ohne den anderen Kandidaten zu nahe treten zu wollen, geht es darum, ob Annegret Kramp-Karrenbauer (56) Friedrich Merz (63) NRW, oder Jens Spahn (38) NRW, Parteivorsitzende(r) werden. Drei sehr veritable Kandidaten

stehen uns damit zur Auswahl. Was für ein Luxus! Eine Ministerpräsidentin, ein Bundestagsfraktionsvorsitzender, ein Bundesminister.

Viel Erfahrung, drei Generationen. Eine Frau, zwei Männer. Soviel zur Leier, wir hätten zu wenig gute Leute. In acht Regionalkonferenzen stehen die Kandidaten allen Mitgliedern zur Befragung zur Verfügung. Wettstreit um Inhalte und Zutrauen. Wer kann das noch ein Stück weit besser als die Mitbewerber? Wer steht wofür? Die Antworten werden dann die Delegierten auf dem Bundesparteitag geben.

„Viel Erfahrung, drei Generationen.
Eine Frau, zwei Männer. Soviel zur Leier, wir
hätten zu wenig gute Leute. Wer es wird, werden
dann die Delegierten auf dem Bundesparteitag
beantworten.“

ANZEIGE



CDU

**YVONNE
MAGWAS**
Bundestagsabgeordnete
für das Vogtland
Wahlkreisbüro Auerbach
Altmarkt 4, 08209 Auerbach
www.magwas.de



CDU

**MARCO
WANDERWITZ**
Bundestagsabgeordneter für
Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II
Wahlkreisbüro
Schulstraße 32 (Eingang Külz-Platz)
09337 Hohenstein-Ernstthal
twitter.com/wanderwitz

DIE SÄCHSISCHEN CDU-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Nach der Bundestagswahl 2017 und den langen Koalitionsverhandlungen haben sich die Regierung und das Parlament für die laufende Legislaturperiode ausgespielt. Wir möchten euch hiermit einen Überblick über die aktuellen Aufgaben der sächsischen Wahlkreisabgeordneten geben. Als Quellen dienten uns die Internetauftritte der CDU/CSU-Fraktion und des Bundestages.



Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag
Marco Wanderwitz

Geburtstag: 10.10.1975 in Chemnitz

Ausbildung: Rechtsanwalt

Wahlkreis: 163 | Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 17.10.2002

Funktion in der Bundesregierung:

- Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- stellv. Mitglied Vermittlungsausschuss



Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag

Andreas G. Lämmel

Geburtstag: 19.04.1959 in Falkenstein

Ausbildung: Konditor, Dipl.-Ingenieur (FH)

Wahlkreis: 159 | Dresden I

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 18.10.2005

Funktion in der CDU/CSU-Fraktion

Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied und Obmann im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Mitgliedschaften in sonstigen Gremien:
- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur
- Mitglied in der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“)



Carsten Körber

Geburtstag: 11.06.1979 in Zwickau

Ausbildung: Betriebswirt, Unternehmensberater

Wahlkreis: 165 | Zwickau

Mitglied des Deutschen Bundestages seit: 22.10.2013

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Haushaltsausschuss
- Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
- stellv. Mitglied Ausschuss für Wirtschaft und Energie



Frank Heinrich

Geburtstag: 25.01.1964 in Siegen
Ausbildung: Theologe und Sozialpädagoge

Wahlkreis: 162 | Chemnitz

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 27.10.2009

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- stellv. Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitgliedschaften in sonstigen Gremien:

- stellv. Mitglied in der Interparlamentarischen Union
- stellv. Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates



Jens Lehmann

Geburtstag: 19.12.1967 in Stolberg/Harz

Ausbildung: staatlich anerkannter Erzieher

Wahlkreis: 152 | Leipzig I

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 24.10.2017

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Mitglied im Petitionsausschuss
- Stellv. Mitglied im Sportausschuss



Yvonne Magwas

Geburtstag: 28.11.1979 in Rodewisch

Ausbildung: Dipl.-Soziologin

Wahlkreis: 166 | Vogtlandkreis

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 22.10.2013

Funktion in der CDU/CSU-Fraktion: Vorsitzende der Gruppe der Frauen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und -
- Technikfolgenabschätzung
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss
- stellv. Mitglied im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission "Berufliche Bildung"



Veronika Bellmann

Geburtstag: 20.11.1960 in Karl-Marx-Stadt

Ausbildung: Verwaltungsbetriebswirtin

Wahlkreis: 161 | Mittelsachsen

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 17.10.2002

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitgliedschaften in sonstigen Gremien:

- stellv. Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE



Dr. Thomas de Maizière

Geburtstag: 21.01.1954 in Bonn

Ausbildung: Rechtsanwalt, Bundesminister a.D.

Wahlkreis: 155 | Meißen

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 27.10.2009

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Finanzausschuss
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien



Alexander Krauß

Geburtstag: 08.12.1975 in Erlabrunn
 Ausbildung: Politikwissenschaftler
 Wahlkreis: 164 | Erzgebirgskreis I

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 24.10.2017

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit



Arnold Vaatz

Geburtstag: 09.08.1955 in Weida
 Ausbildung: Dipl.-Mathematiker
 Wahlkreis: 160 | Dresden II – Bautzen II

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 26.10.1998

Funktion in der CDU/CSU-Fraktion:

stellv. Fraktionsvorsitzender für Bildung und Forschung, Aufbau Ost und Petitionen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- stellv. Mitglied im Vermittlungsausschuss
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- stellv. Mitglied im Petitionsausschuss



Katharina Landgraf

Geburtstag: 24.02.1954 in Kirchengel
 Ausbildung: Wissenschaftliche Mitarbeiterin
 Wahlkreis: 154 | Leipzig-Land

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 18.10.2005

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung
- stellv. Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Mitgliedschaften in sonstigen Gremien:

- Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe



Marian Wendt

Geburtstag: 09.06.1985 in Torgau
 Ausbildung: Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
 Wahlkreis: 151 | Nordsachsen

Mitglied des Deutschen Bundestages: seit 22.10.2013

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag:

- Vorsitzender des Petitionsausschusses
- Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat
- Mitglied im Gremium nach Art. 13 Absatz 6 GG



Lieber Christian, wo treffen wir Dich gerade an? ✓✓

Im Sächsischen Landtag oder bei Terminen in ganz Sachsen – jetzt sogar mit Fahrer 😊

Auf diesem Wege nochmal herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für Deine Arbeit als Fraktionsvorsitzender! Schon gut eingelebt? ✓✓

Zum Einleben war bisher nicht wirklich Zeit 😊. Die Haushaltsverhandlungen haben gleich meine volle Aufmerksamkeit gefordert.

Deine erste Woche im Amt war medial geprägt von Deiner Aussage zu möglichen Koalitionspartnern. Wurdest Du missverstanden? ✓✓

Ein Stückweit schon. Ich will keine Koalition mit der AfD. Dennoch bin ich der Auffassung, dass wir uns gegenüber deren Wählern offen zeigen müssen. Vor allem müssen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen wieder stärker ins Zentrum unseres politischen Handelns stellen.

Ralph Brinkhaus und Du wurden nur wenige Stunden hintereinander vom Herausforderer zum Fraktionsvorsitzenden. Gab es schon Kontakt? ✓✓

Am 19. November haben wir uns gemeinsam mit allen anderen Fraktionsvorsitzenden auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Union getroffen 😊

Welcher Job ist momentan spannender? Kreisvorsitzender in Dresden oder Fraktionsvorsitzender im Landtag? ✓✓

Wenn „spannender“ eine Umschreibung für stressig ist, dann auf jeden Fall der Fraktionsvorsitz im Sächsischen Landtag

Noch zehn Monate bis zur Wahl. Was gibt es bis dahin zu tun als Fraktionsvorsitzender? ✓✓

Sehr viel! Dafür reicht hier die Zahl der Zeichen gar nicht aus. Nein, Scherz bei Seite. Das wichtigste wird sein, dass Fraktion und Staatsregierung gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Sachsen wieder in unsere Politik zu stärken.

Was ist Dein Ziel für die Kommunalwahl in Dresden? ✓✓

Die CDU-Fraktion soll natürlich wieder stärkste Kraft im Stadtrat werden

Was wünschst Du Dir von der JU für das Superwahljahr? ✓✓

Wünsche gehen in der Politik bekanntlich selten in Erfüllung 😊. Ich würde mich jedoch sehr freuen, wenn die JU den Wahlkampf mit frischen und unkonventionellen Ideen bereichert.

Vielen Dank für Deine Zeit! ✓✓

MIT CHRISTIAN HARTMANN



Christian Hartmann ist Jahrgang 1947, seit 1999 Ortsvorsteher der Ortschaft Langebrück, seit 2009 Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis 47 im Dresdner Norden und seit 2013 Vorsitzender der CDU Dresden. Er folgte Frank Kupfer am 25. September 2019 auf den Posten des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag. Hartmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Das Gespräch führte unser Chefredakteur Hans-Jürgen Rosch.



VOLKES STIMME UND HIPPE GROSSSTADTCAFÉS

Die Union ist die einzige echte Volkspartei. Damit das so bleibt, muss sie bürgerliche Werte und die Stimmen ihrer Basis wieder ernst nehmen, meint Dr. Matthias Rößler.

Dr. Matthias Rößler ist Mitglied des CDU-Landesvorstands und Präsident des Sächsischen Landtags. Von 1994 bis 2002 war Rößler Kultusminister und von 2002 bis 2004 Wissenschaftsminister in Sachsen. Er engagierte sich 1989 im Demokratischen Aufbruch und am „Runden Tisch“. 1990 zog Rößler erstmals in den Landtag ein.

Knapp 44 Prozent bei der Bundestagswahl für die CDU und 53,8 Prozent für die sächsische Union bei der Landtagswahl – das waren die ersten Wahlergebnisse, die ich 1990 als Wahlkämpfer miterlebt habe. Und der Stimmenanteil wuchs bei der Landtagswahl 1999 auf knapp 57 Prozent, die faktisch das ganze bürgerliche Spektrum bei der sächsischen Union versammelten.

Natürlich waren das ganz andere Zeiten: Wir hatten ein paar Monate zuvor mit viel Mut ein sozialistisches Regime in die Knie gezwungen, das vielen DDR-Bürgern lange unüberwindbar schien. Soweit, so lange her.

Selbstverschuldeter Vertrauensverlust der Volksparteien

Entscheidend aber war: Mit der friedlichen Revolution zogen für die CDU damals Bürger in die Parlamente ein, die noch kurz zuvor als Pfarrer, Handwerker oder Ingenieure gearbeitet hatten – sie alle einte ihre tiefe Verbundenheit mit denen, die sich gerade die Freiheit erkämpft hatten. Es war die Geburtsstunde der sächsischen Union als einziger echter Volkspartei im Freistaat.

In den letzten Jahren haben die Volksparteien auf allen politischen Ebenen einen massiven Vertrauensverlust erlebt. In Berlin waren es die Banken- und Griechenland-Rettung sowie die Flüchtlingskrise, bei denen übrigens alle Parteien im Bundestag die Rückkoppelung zu einem Teil der Bevölkerung versäumten. Und auch wir haben im Freistaat Fehler gemacht, wie etwa beim Lehrerberuf.

Jetzt kämpfen wir darum, dass die CDU in Deutschland und in Sachsen eine starke Volkspartei bleibt! Worauf kommt es dabei an?

Den Mut haben, Fehler einzugestehen

Eine Volkspartei muss wesentliche gesellschaftliche Stimmungen und Konflikte jenseits von Berlin-Mitte wahrnehmen und daraus politisches Handeln ableiten. Volkes Stimme ist seltener in hippen Großstadtcafés, wohl aber in den Vereinen, Feuerwehren oder auf der Straße zu hören.

Unser Ministerpräsident Michael Kretschmer und sein Kabinett tun genau das: Sie leisten etwa mit den „Sachsengesprächen“ ein enormes Pensum und gehen dorthin, wo Volkes Stimme – manchmal harsch im Ton – zu hören ist. Auch politisch haben wir umgesteuert, was den Personalbedarf bei Lehrern und Polizisten, aber auch die finanzielle Ausstattung der Kommunen oder den Breitbandausbau angeht. Denn eine Volkspartei, die regiert, muss den Mut haben, Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Auf Bundesebene vermisse ich das.

Um als Volkspartei wieder mehr Vertrauen zu gewinnen, müssen wir der Garant für einen starken Staat sein, der Ordnung und Wohlstand sichert. Der Bürger darf nicht den Eindruck haben, dass der Staat sein Falschparken konsequent und zeitnah ahndet, sich aber zugleich überfordert zeigt, wenn es um Abschiebungen oder die Wahrung der inneren Sicherheit geht.

Bekenntnis zu Heimat, Werten und Leitkultur

Eine Volkspartei braucht stabile Grundwerte, auch ein Bekenntnis zu Heimat und zu einer Zusammenhalt schaffenden Leitkultur. Denn gerade für die Sachsen – nicht nur im ländlichen Raum – ist Heimat nicht altbacken, sondern sie bietet Identität und Stabilität in einer Zeit des permanenten Wandels. Wir dürfen als bürgerliche Volkspartei konserva-

tive Werte, den Schutz der Heimat und den Stolz auf unser Vaterland nicht denen überlassen, die damit Nationalismus und Abschottung meinen.

Aufhören sollten die Volksparteien – insbesondere in Berlin – damit, den Bürgern etwas aufzwingen zu wollen. Die Menschen meiner von 1989 geprägten Generation, gerade in Sachsen, haben ein sehr feines Gespür dafür, wenn politische Eliten und Medien ihnen eine bestimmte Weltsicht verordnen wollen – und wenn diese noch dazu andere, vom vermeintlichen Konsens abweichende Meinungen moralisch aburteilen, oder ganze Städte und Regionen brandmarken.

Politik für Mittelschicht statt ideologische Projekte

Statt ideologischen Projekten muss sich eine Volkspartei stärker den Leistungsträgern in der Mitte der Gesellschaft zuwenden: Menschen, die aus eigener Kraft etwas für sich und ihre Familien geschaffen haben und die mitunter Ver lustängste plagen. Diese Mittelschicht muss sich in der CDU vertreten fühlen. Themen wie die Homo-Ehe oder Inklusion haben ihre Berechtigung. Aber wer diese Themen ins Zentrum seines politischen Handelns rückt, der braucht sich nicht zu wundern, wenn die Mehrheit der Bürger vom politischen Glauben abfällt. Denn für das Alltagsleben vieler Deutscher – gerade auch in ländlichen Gegenden – haben sie wenig Relevanz.

Die CDU braucht gerade mit Blick auf die Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Thüringen und Sachsen eine Rückbesinnung auf die Basis. Unser größter Trumpf sind – wie damals 1990 – unsere tief in der Gesellschaft verwurzelten Mitglieder: in Kreis-, Orts- und Jugendverbänden, in den Stadt- und Gemeinderäten und Rathäusern. Diesen bodenständigen Seismographen muss die CDU wieder mehr vertrauen, wenn sie Volkspartei bleiben will – das gilt für Sachsen, aber auch für Berlin.

„Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, wenn politische Eliten und Medien ihnen eine bestimmte Weltsicht verordnen wollen.“

PERSPEKTIVWERKSTATT 2018 – EIN ERFOLGREICHES FORMAT WURDE NEU AUFGESETZT!



Viele Jahre war die Perspektivwerkstatt ein fester Bestandteil des JU-Kalenders in Sachsen. Der RPJ Sachsen e.V. und wir haben sie gedacht als Diskussionsforum für junge Menschen, die politisch und gesellschaftlich interessiert sind. Durch die Programmgestaltung wurden immer wieder Impulse gesetzt, um die Entwicklung Sachsens positiv zu begleiten. Themen wurden gezielt auf die Agenda gehoben, in konkreten Projekten weiterverfolgt und in die politische Arbeit der Sächsischen Union getragen. In diesem Jahr haben wir die Perspektivwerkstatt in die Fläche gebracht und dort mit lokalen Referenten aktuelle Themen aufgegriffen.

Neben den Änderungen bei der Perspektivwerkstatt haben wir das 2017 eingeführte und für gut befundene Veranstaltungsformat „Pizza und Politik“ ausgebaut. Wo wir überall präsent waren, haben wir hier mal für euch zusammengestellt.

- > Ihr wollt für 2019 auch eine Perspektivwerkstatt oder einen Pizza und Politik-Abend veranstalten, wisst aber nicht wie?
Dann meldet euch unter post@ju-sachsen.de bei unserem Landesgeschäftsführer Frank Polten. Er hilft euch gerne weiter.

Pizza und Politik in Eilenburg mit Marian Wendt MdB und Jörg Kiesewetter MdL

Pizza u
Radebe
Sächs.
tragten
roth M

Pizza und Politik in Chemnitz mit Ines Saborowski MdL, Solveig Kempe und Tino Fritzsche

Pizza
Neu
mit

Pizza und Politik in St. Egidien mit Dr. Peter Jahr MdEP

Piz
in
mi

Perspektivwerkstatt

20. August 2018 | 19.00 Uhr



Thema:
„INNERE SICHERHEIT“
mit Marco Wanderwitz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Einladung | Hotel Zum Firstenstein | Dorfstraße 222 | 02829 Königshain

Pizza und Politik in
Weißwasser
mit Staatsminister
Thomas Schmidt MdL
und Christoph Biele

Pizza und Politik in Meißen
mit Staatsminister
Christian Piwarz MdL

Pizza und Politik in
Leipzig mit dem
Ausländerbeauf-
tragten Geert Macken-
roth MdL

Pizza und Politik in
Radebeul/Kirchen/Erz.
mit Rico Anton MdL

Pizza und Politik in
Löbau mit Sieglinde
Rüdiger und
Hermann Winkler MdEP

Pizza und Politik
in Dresden
mit Staatsminister
Markus Ulbig MdL

Pizza und Politik
in Marienberg
mit Dr. Peter Jahr MdEP

Perspektivwerkstatt
„Dresden und Sachsen in den Medien“
26. November 2018, ab 18.30 Uhr

DER SPIEGEL
Sachsen
Was Politik
hier der Macht greift

Der Schand-Fleck
Nach dem Hochwasser blieb ein
Sachsenort für Wochenlang ein
von angespannter Atmosphäre
beherrschter Ort. Was hat die
Bürger? Was hat die Politik?

Haus an der Kreuzkirche
An der Kreuzkirche 6
01067 Dresden

GLAUBE, WERTE, POLITIK-SEMINAR 2018

Ein Bericht von Martin Kuhlke



Der Startschuss zum diesjährigen „Glaube, Werte, Politik“-Seminar des RPJ Sachsen e. V. fiel im kleinen Kreis – und außerhalb des offiziellen Teils mit einer gemeinsamen Klausurtagung der JU-Kreisverbände aus Bautzen und Görlitz. Im Fokus lag das anstehende Superwahljahr und die damit verbundenen Herausforderungen, denen sich die beiden Nachbarverbände stellen müssen.

Seit 1990 hat die CDU rund 40 Prozent ihrer Wähler verloren.

Am Samstag, 03.11.2018, gegen Mittag folgte dann der Aufschlag zum offiziellen Teil des Seminars mit der Autorin Birgit Kelle. Ihre Worte stimmen nachdenklich. Profil habe die CDU verloren, konservative Werte „verkauft“, meint Kelle. Mehr als 50 Gäste folgten ihren Ausführungen im Sankt Wenzeslaus-Stift bei Görlitz. Für Kelle hat sich der Ausverkauf der Werte besonders bei den „GroKo-Verhandlungen“ in Berlin gezeigt: „Alles war Verhandlungsmasse. Außer dem Kanzleramt.“, fährt Kelle fort. Seit 12 Jahren ist sie CDU-Mitglied

und mittlerweile in Sorge, wie es mit „Ihrer“ Partei wohl weitergehen mag. In Sorge ist auch der Politikwissenschaftler Stefan Scharf, der in seinem Vortrag die aktuellen Entwicklungen im Wählerverhalten analysiert. Sein Fazit: wäre am kommenden Sonntag Landtagswahl – die CDU würde wohl nur 25 Direktmandate in Sachsen halten können. Ungläubige Blicke im Auditorium. Scharf fährt fort, dass die CDU Sachsen seit 1990 rund 40 Prozent ihrer Wähler verloren hat. Hoffnung macht der neue Kurs, den Ministerpräsident Michael Kretschmer eingeleitet hat.

Angela Merkels Ansehen im Ausland ist vielerorts exzellent.

Häufig wird an diesem Wochenende auch über das Ende der Ära Merkel an der Spitze der CDU Deutschlands gesprochen. Ihr Ansehen in der Welt wird diskutiert, die Frage, ob nun Jens Spahn, Friedrich Merz oder Annegret Kramp-Karrenbauer das Erbe antreten sollen. Nicht alles an der Kanzlerschaft von Angela Merkel sei schlecht gewesen, betonen mehrere



Am Samstagabend kam es beim Feuer zum gemütlichen Austausch und der Sonntagmorgen startete mit einer Andacht mit EAK-Landesgeschäftsführer Markus Kranich.



Referenten waren unter anderem Journalistin und Publizistin Birgit Kelle, Europaabgeordneter Hermann Winkler und Landtagsabgeordneter Sebastian Fischer.

Anwesende. Der Landtagsabgeordnete Sebastian Fischer verweist in seinem Vortrag darauf, dass Angela Merkels Ansehen im Ausland vielerorts „exzellent“ sei. Merkel werde nach wie vor als Stabilitätsfaktor wahrgenommen.

Wie stabil Europa aktuell insgesamt ist, darüber sprach der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler auf der Veranstaltung. Das Rezept gegen einen

„Europaverdruss“ sei eigentlich recht einfach: „Wir müssen für eine gute Stimmung sorgen.“, sagt Winkler. Er berichtet von den zahlreichen Errungenschaften der Union – angefangen von der Europäischen Krankenversicherungskarte, den Möglichkeiten des freien Handels zwischen den Staaten und dem Reisen ohne Grenzkontrollen. Dies müsse den Menschen wieder deutlicher vor Augen geführt werden.

Das Rezept gegen einen Europaverdruss sei eigentlich recht einfach.

Trotz der durchaus durchwachsenen Analysen der Referenten, ziehen die Teilnehmer der Veranstaltung ein positives Resümee, dem wir uns gerne anschließen! Es war schön mit euch! Wir freuen uns auf ein Wiedersehen bei „Glaube, Werte, Politik“ im Jahr 2019.

ANZEIGE



GEMEINSAM FÜR SACHSEN IN EUROPA.



HERMANN WINKLER MDEP

Europabüro Leipzig
Wilhelm-Leuschner-Platz 12
04107 Leipzig

Europabüro Dresden
An der Kreuzkirche 6
01067 Dresden

Tel: 0341/ 9939096
Fax: 0341/ 9628064

europabuero(at)hermann-winkler.eu
www.hermann-winkler.eu



DR. PETER JAHR MDEP

Europabüro Burgstädt
Obergasse 7
09217 Burgstädt

Europabüro Döbeln
Zwingerstraße 2a
04720 Döbeln

Tel: 03724/ 15735
Fax: 03724/ 857460

europabuero(at)peter-jahr.de
www.peter-jahr.de



LEIPZIGER LICHTFEST IM WANDEL

Ein Bericht von Anne Jentsch, Rainer Burgold und Julian Schröder.

Der historische Kontext des Leipziger Lichtfestes ging immer mehr verloren. Statt auf die Friedliche Revolution erinnern, wurde die Veranstaltung immer mehr zur aktuellen politischen Bühne. Das ging der JU Leipzig zu weit.

Die Generation unserer Eltern und Großeltern verbindet mit dem Herbst 1989 sicherlich noch etwas anderes, als wir es heute tun. Mit der friedlichen Revolution, den Montagsdemonstrationen wurde deutlich, dass das diktatorische Regime der DDR nicht mehr so funktionieren konnte. Der Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland brachten eine neue Zeit.

Unsere Generation kennt diese Umbrüche nur noch aus den Erzählungen der eigenen Familie und mit viel Glück dem Geschichtsunterricht. Leider kommt auch 28 Jahre nach der Deutschen Einheit häufig die Aufarbeitung der DDR-Geschichte noch viel zu kurz. Derweil ist es gerade für jüngere Generation wichtig zu wissen, wie die eigene Geschichte aussieht und was es bedeutet, in einer freien demokratischen Gesellschaft aufwachsen zu können.

Das Leipziger Lichtfest, welches 2009 ins Leben gerufen wurde, soll jedes Jahr zum jeweiligen Jahrestag an die Montagsdemonstrationen vom 09. Oktober 1989 erinnern. Dabei versammeln sich Menschen auf dem Augustusplatz mit einer symbolischen Kerze um an den friedlichen Verlauf der Demonstrationen zu erinnern, und welche Kraft von ihnen ausging. Leider hat sich in den letzten Jahren, diese wichtige Veranstaltung immer mehr zu einem Fest gewandelt, auf dem die eigentliche Erinnerung verloren geht.

In diesem Jahr gab es während des Lichtfestes eine Inszenierung über den Hambacher Wald und ein tanzendes Honecker-Paar in einer bunten Lichter-show. Das Kunst nicht jedem gefallen muss und frei ist, ist selbstverständlich. Doch stellt sich uns die Frage, wie gerade



Unsere Generation kennt diese Umbrüche nur noch aus den Erzählungen.

junge Menschen dabei die historische Relevanz erkennen sollen, die mit der Friedlichen Revolution einherging?

Gerade in Zeiten, in denen „gefühlte Wahrheiten“ und extremistische Meinungen wieder salonfähig werden, muss unsere Geschichte für die Jugend verständlich aufgearbeitet werden. Das Leipziger Lichtfest ist dabei ein wichtiges Event und hat einen klaren Auftrag. Dieser wurde unserer Meinung so sehr verfehlt, dass es uns ein Anliegen war, darauf aufmerksam zu machen.

Die Aufarbeitung darf und soll künstlerisch sein, doch muss gerade in dem wichtigen historischen Kontext adäquate Fakten vermitteln. Das war jedoch schon lange nicht mehr der Fall und die diesjährigen Aufführungen brachten das Fass für uns zum überlaufen. Wir schlossen uns der Kritik der Leipziger CDU an und forderten zusätzlich dazu den künstlerischen Leiter des Lichtfestes Jürgen Meier auf, sein Amt niederzulegen.

Der klare Auftrag des Lichtfestes wurde verfehlt.

Dies wurde vielfältig pressewirksam aufgegriffen und zeigte Wirkung. Ab dem nächsten Jahr wird ein Kuratorium einen neuen künstlerischen Leiter suchen. Für uns gehört aber ebenfalls dazu nicht nur zu kritisieren, sondern auch konstruktiv zu der Debatte beizutragen. Aus diesem Grund haben wir einen offenen Brief an den Leipziger Oberbürgermeister, Burkhard Jung, verfasst, in dem wir unsere Verbesserungsvorschläge für das Leipziger Lichtfest vorstellen und hoffen, dass diese in der Ausgestaltung Anklang finden.

Auch in den kommenden Jahren soll das Lichtfest ein fester Bestandteil des Leipziger Kalenders sein, denn es zeigt auf besondere Art und Weise, was der Herbst 1989 für eine historische Bedeutung hat.

Wir haben kritisiert und uns konstruktiv eingebracht.



"DEUTSCHE GESCHICHTE MUSS JUGENDGERECHT DARGESTELLT UND DARF NICHT VERZERRT WERDEN!"

RAINER BURGOLD, JU-KREISVORSITZENDER

TEILT UNS EURE VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE FÜR DAS LICHTFEST IN DEN KOMMENTAREN MIT ODER SCHICKT UNS EINE EMAIL AN [INFO@JU-LEIPZIG.DE!](mailto:INFO@JU-LEIPZIG.DE)

Junge Union fordert Rücktritt des Lichtfest-Intendanten

Nach der zum Teil massiven Kritik am Lichtfest hat die Junge Union gestern persönliche Konsequenzen gefordert und dem langjährigen künstlerischen Leiter der Veranstaltung, Jürgen Meier, den Rücktritt nahe gelegt. „Ich fordere Herrn Meier auf, seine Verantwortung als künstlerischer Leiter des Lichtfestes abzugeben“, erklärte Kreisvorsitzender Rainer Burgold. Im Mittelpunkt der Open-Air-Feier zur Friedlichen Revolution am 9. Oktober auf dem Augustusplatz stand das Thema Teilhabe. Videoeinspielungen dazu nannte Burgold „linksideologisch“. Die „Inszenierungen mit Honecker-Tänzen und Hambacher-Forst-Bildern“ habe niemand verstanden und „Besucher in einer Mischung von Fremdscham, Ärger und Fragezeichen“ in die Flucht getrieben.

Gerade junge Leute kämen, so Burgold, „um einen realen Eindruck von den besonderen Momenten der Wendezeit zu bekommen“. Sie wollten sehen, warum ihre Eltern so stolz darauf sind, den Umbruch in der DDR herbeigeführt zu haben. „All dies wird versäumt.“ K. S.

Jürgen Meier

AB 2019 GIBT ES EINEN NEUEN LEITER FÜR DAS LEIPZIGER LICHTFEST!

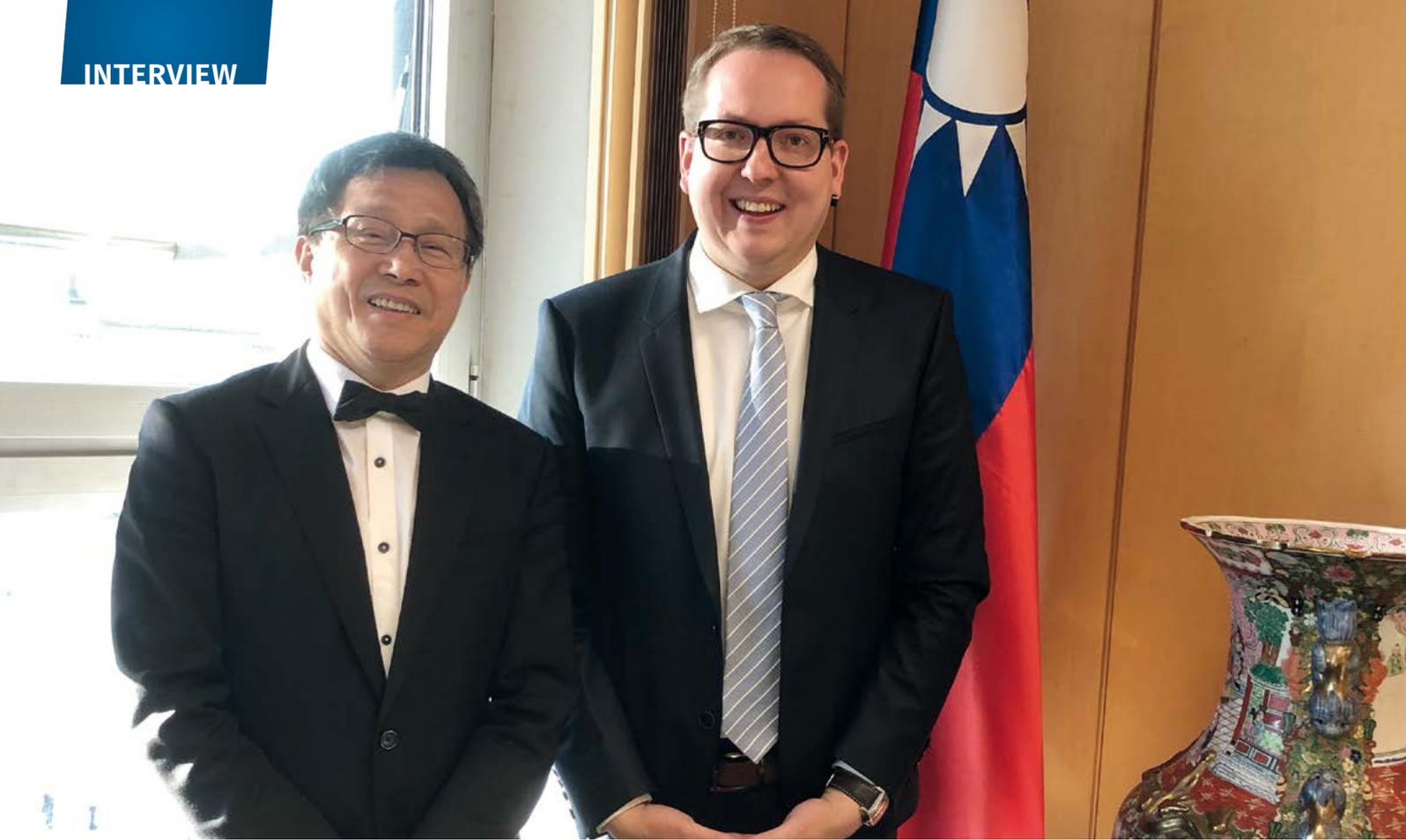
JU BEGRÜSST RÜCKTRITT VON MEIER

Leipziger Lichtfest bekommt neuen künstlerischen Leiter

LEIPZIG. Das Leipziger Lichtfest zur Friedlichen Revolution soll einen neuen künstlerischen Leiter bekommen. „Wir wollen einen neuen Anfang suchen“, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) gegenüber der LVZ. Die Stelle wird ab 2019 ausgeschrieben. Über die Details werde sich das vom Stadtrat jüngst beschlossene Kuratorium zum Tag der Friedlichen Revolution verständigen.

Jürgen Meier, der seit zehn Jahren die Inszenierungen in Erinnerung an den Herbst '89 verantwortet, stand zuletzt unter massiver Kritik. Obwohl das Lichtfest am 9. Oktober wieder mehr Besucher als in den vergangenen Jahren angezogen hatte, fanden viele die inhaltliche Ausrichtung am Frauenwahlrecht, das vor 100 Jahren in Deutschland eingeführt worden war, als unpassend. Die Junge Union forderte daraufhin den Rücktritt Meiers. Sie warf ihm eine „linksideologische“ Vereinnahmung der geschichtlichen Ereignisse vor. Videoeinspielungen unter anderem mit Erich Honecker und vom Hambacher Forst hätten „Besucher in einer Mischung von Fremdscham, Ärger und Fragezeichen“ in die Flucht getrieben.

► Seite 15



EIN BLICK NACH TAIWAN!

Tom Unger im Gespräch mit dem Repräsentanten Taiwans in Deutschland, Prof. Dr. Shieh, Jhy-Wey.

Prof. Dr. SHIEH, Jhy-Wey wurde am 06.01.1955 in Keelung (Taiwan) geboren. Er ist seit August 2016 erneut Repräsentant von Taiwan in Deutschland.

Eure Exzellenz, Deutschland unterhält keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Die deutschen Interessen werden durch das Deutsche Institut Taipei wahrgenommen. Taiwan unterhält inoffizielle Vertretungen in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt. Ein taiwanischer Wissenschaftsreferent ist in Bonn tätig. Die bilateralen Beziehungen sind dennoch gut und intensiv: Es gibt ca. 1.750 taiwanische Studierende in Deutschland, ca. 250 deutsche Unternehmen und ca. 1.600 Deutsche in Taiwan sowie die neben dem Deutschen Institut seit vielen Jahren bestehenden Einrichtungen: Goethe-Institut, Deutsche Schule, Deutsches Wirtschaftsbüro, DAAD sowie laut Hochschulrektorenkonferenz 224 deutsch-taiwanische Hochschulpartnerschaften. Taiwan ist nach Indien Deutschlands fünftwichtigster Handelspartner in Asien und weltweit Nummer 33; umgekehrt ist Deutschland für Taiwan der bedeutendste Handelspartner in der EU. In fast allen Branchen sind deutsche Unternehmen in Taiwan

oft schon seit vielen Jahren aktiv, und nicht selten haben diese Geschäftsbeziehungen direkten Bezug zu China, wo Taiwan einer der wichtigsten Auslandsinvestoren ist. Taiwan interessiert sich für Deutschlands energiepolitische Entwicklungen und die damit einhergehende Entwicklung grüner Technologien. Auch im Wissenschaftsbereich intensivieren sich die deutsch-taiwanischen Kontakte zu Zukunftsthemen wie Urbanisierung, alternde Gesellschaften, Umwelt und erneuerbare Energie weiter. Wie könnten aus Ihrer Sicht die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und vor allem die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiter vertieft werden?

Obwohl Deutschland Taiwan wegen China leider nicht als einen souveränen Staat anerkennt, bestehen doch außenpolitische Sonderbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Und die langjährige Unterstützung durch den Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipeh im Deutschen Bundestag

und Fortschritte bei der Kooperation zwischen beiden Ländern in fast jedem Aspekt sorgen dafür, dass die Kontakte zwischen Taiwan und Deutschland in den letzten Jahren in vielen Bereichen intensiviert werden konnten, unter anderem in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die Möglichkeiten zum Ausbau der Kontakte sind vielfältig. Beispielsweise wurde im Oktober 2010 ein Jugendaustausch-Programm, das „Working Holiday Program“, zwischen beiden Seiten gestartet, und 2016 wurde die jährliche Quote für den Austausch auf bis zu jeweils 500 Personen angehoben. Dies bedeutet noch mehr Gelegenheiten zu direkten Kontakten mit der Bevölkerung im jeweils anderen Land. Gerade junge Leute sind herzlich eingeladen, unser Land zu besuchen und sich vor Ort ein Bild von der Entwicklung unserer Gesellschaft zu machen.

Themen mit Bezug zu den Innovationsindustrien, wie erneuerbare Energien, Biotechnologie, Smart Machinery und Digitalisierung, bieten große Chancen. Besonders der Umweltschutz ist ein Bereich, in dem Taiwan entschlossen ist, voranzukommen. Unmittelbar nach der Amtseinführung von Präsidentin Tsai im Jahr 2016 hat unsere Regierung nicht nur den Atomausstieg bis zum Jahr 2025 beschlossen, sondern auch den Ausbau von erneuerbaren Energien, deren Anteil an der nationalen Stromerzeugung bis zum Jahr 2025 von derzeit ca. 5 % auf 20 % und bis 2030 auf 30 % ansteigen soll. Da dieses Ziel gesetzlich festgelegt wurde, ist davon auszugehen, dass sich vor allem die Branchen Elektromobilität, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, insbesondere Offshore-Windparks und Solaranlagen, in den kommenden Jahren zu den Wachstumsmärkten Taiwans entwickeln werden. Deutschland wird in Taiwan als absoluter Vorreiter im Bereich effizienter Energieversorgung und Erneuerbare-Energien-Technologien gesehen, somit bieten sich gerade für deutsche Firmen hervorragende Absatzchancen in diesen Bereichen.

Zu einem Austausch über Fragen der Übergangsjustiz und Vergangenheitsaufarbeitung kam im Mai dieses Jahres eine Delegation des Ausschusses zur Abrechnung von unrechtmäßigem Parteivermögen (Ill-gotten Party Assets Settlement Committee) unter Leitung seines Vorsitzenden Lin Feng-cheng nach Berlin. Da die Vergangenheitsbewältigung momentan auch in Taiwan ein sehr aktuelles Thema ist, legen wir großen Wert auf die Fortsetzung des Austauschs mit Deutschland in diesem Bereich.

Deutschland bekennt sich wie alle EU-Mitgliedsstaaten zur Ein-China-Politik. Was bedeuten die Ein-China-Politik und der „Konsens von 1992“?

Die Ein-China-Politik ist für uns in Taiwan schon ein Relikt aus der Vergangenheit, aus der Zeit, als die Republik China unter Chiang Kai-shek (1887-1975) und seinem Sohn Chiang Ching-kuo (1910-1988) noch den Alleinvertretungsanspruch für ganz China

erhoben und die Volksrepublik nicht anerkannt hat. Dadurch, dass China bezüglich aller mit Taiwan verbundenen Fragen an andere Länder endlose exorbitante Forderungen nach Einhaltung der Ein-China-Politik stellt, bleibt für eine internationale Beteiligung Taiwans kaum eine Möglichkeit. Um dem veralteten Rahmen zu entkommen, sollte man heute anstatt einer Ein-China-Politik, eine China-Politik und ebenfalls eine davon unabhängige Taiwan-Politik haben.

Der so genannte „Konsens von 1992“ entstand aus Gesprächen in Hongkong und ist in der Tat kein Konsens. Am Ende der Gespräche von 1992 ging man als Ausgangspunkt für weitere Gespräche davon aus, dass es nur ein China gibt, aber jede Seite die Bedeutung dieser Aussage selbst interpretieren kann. China pocht auf das „Ein-China-Prinzip“, aber es steht im Gegensatz zu den Wünschen der taiwanischen Bevölkerung. Präsidentin Tsai hat in einem von der Washington Post nach ihrem Amtsantritt 2016 geführten Interview klar gemacht, „es ist unwahrscheinlich, dass die Regierung von Taiwan eine Frist für Bedingungen akzeptieren wird, die gegen den Willen des Volkes sind.“ In ihrer Amtsantrittsrede betonte sie, dass die neue Regierung die existierenden Mechanismen für den Dialog und die Kommunikation über die Taiwanstraße beibehalten werde. Präsidentin Tsai respektiert, dass der 20-jährige Austausch und die Verhandlungen seit 1992 Ergebnisse ermöglicht und hervorgebracht haben, die beide Seiten gemeinsam schätzen und erhalten müssen, und wird, unter der Voraussetzung, dass Freiheit und Demokratie nicht aufgegeben werden dürfen, die Angelegenheiten über die Taiwanstraße in Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik China, dem Gesetz über die Beziehungen zwischen der Bevölkerung Taiwans und des Festlandes, und anderen relevanten Gesetzen durchführen. Die Positionen beider Seiten scheinen jedoch unvereinbar zu sein, solange dem kommunistischen Regime nur die Unantastbarkeit des Territoriums gilt, während Taiwan die Unantastbarkeit der Würde des Menschen unterstreicht.

Die Volksrepublik China hat keinen einzigen Tag Hoheitsgewalt über Taiwan ausgeübt, und betrachtet Taiwan mit seinen rund 23 Millionen Einwohnern dennoch als abtrünnige Provinz, die nach Chinas Ehrgeiz in die Volksrepublik integriert werden sollte. Für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen fordert sie die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“ und lehnt diplomatische Beziehungen zu Staaten, die Taiwan anerkennen, ab. Heutzutage verwendet China das „Ein-China-Prinzip“ in fast allen Bereichen der Begegnung mit anderen Ländern. Was „Ein-China-Politik“ bedeutet, hat reell nur Peking die Macht zu definieren.

In letzter Zeit übt China bezüglich der Behandlung Taiwans sogar auf multinationale Unternehmen Druck aus. Sie fordert u.a., Taiwan nicht mehr als Land aufzuführen, sondern als Provinz oder Gebiet Chinas. Der Druck auf die Unternehmen ist so stark, dass viele einknicken.



Die Republik China (Taiwan) wird aktuell von 17 Staaten offiziell anerkannt und unterhält entsprechende diplomatische Beziehungen – u. a. zum Vatikan sowie zu kleineren mittel-amerikanischen Staaten, Karibikstaaten und pazifischen Inselstaaten. Am 21.08.2018 hat El Salvador – auch auf Druck der Volksrepublik China – die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen; wie bereits im Mai 2018 schon Burkina Faso und die Dominikanische Republik. Taiwan ist nicht Mitglied in den Vereinten Nationen (UNO). Bis 1971 stellte Chiang Kai-sheks Republik China, einst Gründungsmitglied der UNO, die alleinige chinesische Vertretung bei den Vereinten Nationen und hatte einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat inne. 1971 verlor sie durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen an die Volksrepublik China. Taiwan ist seitdem auch kein Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder der Internationalen Luftverkehrs-Vereinigung (IATA). Taiwan bemüht sich darum, die diplomatische Isolation zu überwinden. Diese Insel ist de facto ein souveräner Staat, scheiterte aber vor kurzem auch mit einem erneuten Versuch, der Jahresversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHA) als Beobachter beizuwohnen, am Widerstand der Volksrepublik. Welche Maßnahmen unternimmt Taiwan, um der zunehmenden diplomatischen Isolation entgegenzuwirken?

Trotz Chinas Nötigungstaktik und zunehmendem Druck haben die Menschen in Taiwan dem Rest der Welt gezeigt, dass sie sich nicht einschüchtern lassen. Sie werden Freiheit und Demokratie niemals aufgeben oder auch nur ganz auf eine internationale Beteiligung verzichten.

Zur Stärkung der Beziehungen mit diplomatischen Verbündeten unterstützt die Regierung inländische Unternehmen bei Investitionen und der Errichtung von Fabriken in Ländern, zu denen diplomatische Beziehungen bestehen. In Zukunft wird es auch für Produktionsprozesse und Marketing-Strategien zur Erschließung dieser Märkte Unterstützung anbieten. Un-

terdessen stärkt Taiwan durch kontinuierlich betriebene Kooperationsprojekte, wie dem Taiwan Scholarship oder auch Forschungs- und Bildungsprogrammen in den Bereichen Tierzucht und Medizin, z.B. um Impfstoffe gegen subtropische Krankheiten zu entwickeln, die Freundschaft und die Beziehungen mit seinen Verbündeten. Taiwan hat auch seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, europäischen Nationen und Japan deutlich verbessert. Die USA haben für das Steuerjahr 2019 das National Defense Authorization Act („Genehmigungsgesetz zur nationalen Verteidigung“) und das Taiwan Travel Act („Taiwan-Reise-Gesetz“) verabschiedet. Darüber hinaus halfen die USA Taiwan, seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken und den Umfang gemeinsamer Militärübungen ausgeweitet. All dies zeigt, dass unsere Partnerschaft mit den USA so stark ist wie nie zuvor.

Taiwans Beziehungen mit europäischen Staaten haben ebenfalls eine positive Entwicklung erfahren. Am 22. März wurden die ersten Konsultationen zu Menschenrechtsthemen mit Europa geführt. Das Europäische Parlament hat in den letzten Jahren viele Male Entschlüsse zur Unterstützung von Taiwan verabschiedet. Neben der Anerkennung unserer Mehrparteiendemokratie forderte es die EU-Mitgliedstaaten auf, darauf hinzuwirken, dass Chinas militärische Provokationen aufhören, die Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße stören. Außerdem bekräftigte es seine Unterstützung für die internationale Beteiligung Taiwans und für die Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan. Derzeit ist Europa größte Quelle für ausländische Investitionen in Taiwan und die Investitionen nehmen weiter zu.

Taiwans Regierung setzt darüber hinaus auf die „Neue Südwärts-Politik“ als eine regionale Strategie, um Chinas Druck abzumildern und die Zusammenarbeit mit anderen südostasiatischen Ländern zu stärken. Taiwan verfügt über fortschrittliche Technologien in den Bereichen Information und

Kommunikation (IKT), Smart Cities und Abfallentsorgung und wir erwarten, künftig noch mehr zu Freiheit, Offenheit, Frieden und Stabilität in der Region beizutragen. Die gemeinsamen Interessen verdienen es, dass die Partnerschaften mit den Vereinigten Staaten, besonders angesichts ihrer indopazifischen Strategie, den Ländern in der Region, aber auch den europäischen Ländern weiter ausgebaut werden.

Herr Botschafter, Sie blicken auf einen äußerst beeindruckenden akademischen und diplomatischen Lebenslauf zurück. Sie sind seit August 2016 erneut Repräsentant von Taiwan in Deutschland. Sie haben vorher bereits von 1982 und 1987 in Bochum „Germanistik und Neuere Literaturwissenschaft“ studiert und auch promoviert. Bereits von Mai 2005 bis Juni 2007 waren Sie Repräsentant von Taiwan in Deutschland. Sie kennen also Deutschland besonders gut. Wie haben Sie die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen von damals bis heute hier in Deutschland wahrgenommen?

In den letzten zehn Jahren haben sich viele Veränderungen ergeben, besonders seit der globalen Finanzkrise und später der Eurokrise. Heute steht Deutschland bzw. die EU vor vielen Herausforderungen. Dazu gehören Brexit, Klimawandel, Energiewende sowie der Aufstieg des Rechtspopulismus. Darüber hinaus war damals die Außenpolitik der USA und Chinas ganz anders, relativ berechenbar. Heute begegnen wir Donald Trump und Xi Jinping, den zwei mächtigsten Männern der Welt. Taiwans Verhältnis zu den USA ist besser als jemals zuvor, aber das zu China ist enttäuschend. Das liegt vorwiegend an uns, gebe ich gerne zu, denn China behauptet immer, Mehrparteiensystem, Redefreiheit, Religionsfreiheit usw. würden nicht zum chinesischen Kulturkreis passen, und Taiwan stellt mit seiner funktionierenden Demokratie tagtäglich das Gegenteil von Chinas Behauptung unter Beweis. Deutschland muss seine Position zwischen den beiden Mächten, USA und China, ebenfalls neu finden.

Zudem bringt der Rechtspopulismus in Deutschland und ganz Europa neue Herausforderungen. Die demokratischen Werte sind nicht nur im Innern, sondern auch durch die Einflussnahme von anderen Ländern bedroht. China hat, wie gesagt, mehrmals auf deutsche Unternehmen Druck ausgeübt und scheut inzwischen auch nicht davor zurück, Druck auf Bundestagsabgeordnete auszuüben. Das sollte Deutschland nicht stillschweigend tolerieren, um zu vermeiden, dass die chinesische Regierung noch stärker Einfluss nimmt und annimmt, dass anderen Ländern der Schutz der Rechte und Interessen ihrer Bürger und Unternehmen in China gleichgültig ist. Andererseits muss die Demokratie vor dem Einfluss des autoritären Auslands geschützt werden. Würde man zulassen, dass die Demokratie hierzulande ausgenutzt wird, wäre es eine Totenglocke für die Demokratie.



Das komplette Interview und noch mehr spannende Einblicke in Taiwans Kultur und Politik findet ihr auf unserer Homepage www.ju-sachsen.de. Viel Spaß bei der Lektüre!

ANZEIGE





ПРИВЕТ, БЕЛАРУСЬ: BELARUS ZWISCHEN EUROPA UND RUSSLAND

Ein Bericht in zwei Teilen über die diesjährige Bildungsreise von Johannes Fiolka und Johannes Schwenk

Am 20. Oktober 2018 war es endlich wieder soweit, der RPJ Sachsen e. V. veranstaltete gemeinsam mit der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien seine alljährliche Bildungsreise. Im vergangenen Jahr besuchten wir die Ukraine, deren geopolitische Ausrichtung für die gesamte Europäische Union in den kommenden Jahren von großer Bedeutung sein wird.

In diesem Jahr besuchte eine Delegation der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien die Republik Belarus. Belarus als Land, das seine eigene geopolitische Einordnung zwischen Europa und Asien sieht, seine Identität aber mehr in Europa verortet, war für uns von besonderem Interesse.

Insgesamt vier Tage nahmen sich die Teilnehmer unserer Delegation Zeit, um das Land kennenzulernen. Im engen Schulterschluss mit den regionalen Verantwortlichen war es der JU-Delegation von besonderem Interesse, mehr über die Menschen, Denkweisen, eigenen Überzeugungen und Zukunftsperspektiven der Belarussen zu erfahren. Diese Betrachtung spielte für uns auch bei der Vorbereitung der Bildungsreise eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt der Reise sollte kein klassischer Besuch der Institutionen stehen.

Die Menschen: Herzlich offen

Zu Beginn der Bildungsreise stand das

Kennenlernen des Landes und der Menschen auf der Agenda. Klar, jeder Teilnehmer hörte bereits von Belarus – irgendwo zwischen Russland und Europa. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem Land? Wer sind die Menschen, die Belarussen, die ihr Land gestalten und vorwärts bringen?

Um diesen Fragen nachzugehen standen direkt nach unserer Ankunft in Minsk die formellen Gespräche auf der Tagesordnung. Gleich zu Beginn gab uns der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Belarus, Dr. Wolfgang Sender, ein detailliertes Briefing über das Land. Deutlich wurde dabei eins: Belarus soll einen aktiven, eigenständigen und selbstbestimmten Platz inmitten der europäischen Staatengemeinschaft einnehmen. Das Engagement der Adenauer Stiftung unterstreicht diesen Kurs.

Zu Verstärkung des ersten Eindruckes besuchten die Teilnehmer die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland. Botschafter Peter Dettmar zeigt sich betont

offen und deutlich: „Die Beziehungen zwischen unseren Ländern haben sich seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1992 stark intensiviert. Ohne die Bürger von Belarus, die uns die Hand zur Versöhnung entgegen-gestreckt haben, wäre das nicht möglich geworden.“

Deutlich wurde den Teilnehmern im Gespräch mit Herrn Dettmar vor allem, dass der Dialog zwischen Belarussen und Deutschen nur auf Augenhöhe stattfinden kann. Das berechtigte Aufzeigen eklatanter Verstöße gegen liberale Grundprinzipien führt zu keiner nachhaltigen Annäherung und Transformation des postsowjetischen Systems. Vielmehr Bedarf es des Verständnisses für sein Gegenüber und der berechtigten Beachtung seiner Interessen ohne dabei die eigenen aus den Augen zu verlieren.

Beide Gespräche konnten uns zu Beginn einen ersten Eindruck verschaffen. Allerdings wollten wir vor allem die



Menschen kennenlernen. Dieses Ziel begleitete uns fortan stetig: Wer sind eigentlich die Belarussen?

Mit freundlicher Unterstützung des Landtagsabgeordneten und ehemaligen JU-Landesvorstandsmitglied, Jan Löffler MdL, aber auch durch die aktive Begleitung der Adenauer Stiftung, gelang uns die Organisation eines Workshops mit belarussischen Studenten.

Zu Beginn sollten die Teilnehmer die Vorurteile über das andere Land formulieren: Viele Belarussen assoziierten mit Deutschland durchweg positive Eigenschaften: kostenlose Ausbildung, gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Struktur und kritische Massenmedien. Diese durchweg positive Einschätzung überraschte die deutsche Delegation – in der Wahrnehmung des eigenen Landes und des hier vorhandenen Wohlstands gibt es genug zu verbessern. Umso erstaunlicher die Einschätzung der Deutschen gegenüber Belarus: Kritik unerwünscht, keine freien Medien und keine Opposition.

Im weiteren Verlauf des Workshops tauschten die Teilnehmer sich über die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Ländern aus. Vor allem der persönliche Dialog zwischen Belarussen und Deutschen nahm an Fahrt auf und verstetigte sich zunehmend bis zum Ende der Reise. Für viele Teilnehmer war am Ende klar: Die Belarussen sind ein offenes, freundliches und interessantes Volk, das die am Anfang erwarteten Vorurteile leicht widerle-

gen konnte. Der ein oder andere hat vielleicht eine Freundschaft fürs Leben gewonnen.

Das Land: Irgendwo zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea

Im Herzen Europas liegt zwischen Polen und Russland ein Land, das nur zu gerne vergessen wird. Dieser dünn besiedelte Landstrich ist annähernd so groß wie Deutschland und heißt Belarus, fälschlicherweise und zum Unmut der Einheimischen auch als „Weißrussland“ bezeichnet. Was Belarus und Deutschland verbindet ist weit mehr als nur der Zweite Weltkrieg.

Seit Anfang des Jahres können EU-Bürger über die Hauptstadt Minsk das Land für 30 Tage visafrei besuchen. Dabei wird das von der EU mit Sanktionen belegte Belarus, regiert vom autoritären Präsidenten Alexander Lukaschenko, gerne als "letzte Diktatur Europas" bezeichnet. Unterdrückung der Pressefreiheit, praktizierte Todesurteile oder auch das „überraschende Verschwinden“ von Oppositionellen sind dabei immer wieder genannte Ursachen für diese Bezeichnung. Seit 1991 hat sich das Bild eines kalten postsowjetischen Staates in unsere Denkmuster eingebrannt. Es liegt daher nahe, warum Belarus bislang nicht

gerade als klassisches Reiseziel bekannt ist.

Das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zentrum des Landes, Minsk, wirkt auf den ersten Blick klinisch unterkühlt und pedantisch herausgeputzt: Gut ausgebaute aber mäßig befahrene Straßen, makellose Fassaden an modernen (!) mehr als 15-geschössigen Plattenbauten und ein wie aus der Zeit gefallenes postsowjetisches Stadtbild prägen die ersten Besuchereindrücke. Aber gleichzeitig treffen auch zwei Welten aufeinander. Hier trifft Fortschritt auf Stillstand, Instagram auf Lenin.

Wie in vielen anderen Ländern ist Uber omnipräsent. Im Einkaufszentrum "Galleria Minsk" gibt es anstelle von Blüchenvasen Produkte von Sony und Reserved. In der Altstadt reihen sich Clubs und Bars aneinander. Hier ist das Leben alles andere als grau und trist. Die Musik ist westlicher Pop bis russischer





Schlager, das Bier speziell aber der Wodka traditionell: Also eine Szene, die genauso gut in Berlin oder Hamburg stattfinden könnte. Aber trotz Fastfood und Elektropop ist die Politik überall spürbar. Auf der Straße fällt sofort die hohe Anzahl an Polizisten und Soldaten auf. Ein für deutsche Gemüter beinahe bedrohliches Bild. Daneben soll es auch noch Agenten des KGB, welcher nie seinen Namen wechselte, aktiv die Zivilbevölkerung bespitzeln.

Der Weg von Belarus ist ein besonderer, weil er in einer besonderen Konstellation steht. Während alle anderen postsowjetischen Staaten einen territorialen Konflikt mit Russland haben oder hatten, ist Belarus das einzige Land, welches (bisher) unberührt blieb. Große Transformationsfolgen im Zuge der Entwicklung von einer sozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische (soziale) Marktwirtschaft sind ausgeblieben. Schließlich wurde an einem staatsmonopolistischen Kapitalismus festgehalten – wenn auch nur mit bedingtem Erfolg und getragen durch eine anhaltende russische Staatssubventionierung.



Trotz einer mitgebrachten bleiernen Atmosphäre aus Vorurteilen, halbweisen Wissensbeständen und praktiziertem Unrecht, wirkt das moderne Minsk nicht anders als jede andere osteuropäische Großstadt – nur sauberer. An vielen Ecken leuchten einem Burger King, McDonalds oder KFC entgegen – denn während Fast Food-Ketten an anderen Orten der Welt an Umsätze verlieren, weil sie nicht dem gesunden Lifestyle entsprechen, sind sie hier noch ein Symbol der Öffnung und Modernisierung nach weißrussischer Art: Langsam und ohne eine Bevormundung von Russland oder der EU.

Es bleibt nach genauerem Blick auf Belarus der Eindruck, dass die Abwehr der Transformationsfolgen in den 1990ern und die Erfahrungen aus dem ukrainischen Bürgerkrieg „ihren“ Präsidenten Lukaschenko in „seinem“ System stabilisiert und in der Bevölkerung umso populärer gemacht haben. Weniger Freiheit für mehr Stabilität. Dennoch befindet sich das Land in einem Umbruch. In Belarus kann man beobachten, was passiert, wenn so ein Umbruch kontrolliert werden soll, wenn Touristen und Firmen ins Land gelassen werden, aber (bevorzugende) Ideen am besten draußen bleiben sollen – zumindest solange das System Lukaschenko wirkt.



ANZEIGE



Sebastian Fischer



Jan Löffler

Mitglieder des Sächsischen Landtages

selbstständiger Küchenmeister
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
Weinpolitischer Sprecher
Salzgasse 2
01558 Großenhain
sebastian.fischer@slt.sachsen.de
Tel.: 03522 - 38883
Fax: 03522 - 38884
www.sebastianfischer.info

Bankkaufmann / Betriebswirt (VWA)
Haushalts- & Finanzausschuss
Innenausschuss
Kirchplatz 8
08412 Werdau
jan.loeffler@slt.sachsen.de
Tel.: 03761 - 477936
Fax: 03761 - 477935
www.jan-loeffler.info



BERICHTE AUS DEN KREISVERBÄNDEN

CHEMNITZ

MIT HERZ & VERSTAND – JUNGE POLITIK FÜR CHEMNITZ



Unter dem Titel „Mit Herz & Verstand - JUnges Politik für Chemnitz“ haben wir im Rahmen der Pizza&Politik-Reihe des RPJ Sachsen e. V. am 12. Oktober 2018 über JUnges Themen für die Kommunalwahlen im kommenden Jahr diskutiert. Den knapp 30 JU`lern und interessierten standen dabei die CDU Stadträte Ines Saborowski MdL und Solveig Kempe als Diskussionspartner zu Verfügung. Auf der Veranstaltung konnten wir drei Themenblöcke herausarbeiten, welche den Auftakt der Diskussion unseres JUngen Programmes darstellen. Es geht uns um eine **Belebung der Innenstadt**, also um die Frage wie wir das Stadtzentrum für junge Menschen attraktiver gestalten können. Des Weiteren wollen wir eine

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Ehrenamts erreichen. Es ist wichtig, dass wir wieder ein Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Stadt entwickeln und zeigen, dass es etwas Wert ist füreinander einzustehen. Nicht zuletzt, liegt uns vor allem die **Sicherheit in Chemnitz** besonders am Herzen. Alle Menschen sollen sich in unserer Stadt sicher fühlen und gern in der Öffentlichkeit unterwegs sein. Wir müssen der rot-rot-grünen Ideologienpolitik auf der einen und rechter Hetze auf der anderen Seite etwas entgegensetzen. Innere Sicherheit ist ein Kernkompetenzfeld der Union, dies gilt es im Wahlkampf herauszuarbeiten. Wir werden unseren Beitrag zur Aus-

richtung der Chemnitzer Union leisten. Um unsere Inhalte auch in Zukunft kommunalpolitisch einbringen zu können, wollen wir neben JUngen Themen auch JUnges Kandidaten auf den Listen der CDU platzieren.



DRESDEN

GEMEINSAM. KÄMPFEN UND SIEGEN !



2019 erwartet uns ein überaus hartes Wahljahr. Daran ist nichts zu beschönigen. Aber allen Unkenrufen und Hobby-

demoskopern zum Trotz werden wir den Sachsen zeigen: Die CDU ist immer noch die beste Wahl, sie hat verstanden und ist lernfähig. Die Sächsische Union muss alle drei Wahlen gewinnen und die JU wird dafür die Speerspitze bilden. Das schaffen wir aber nur gemeinsam und mit maximaler Schlagkraft. Wir Dresdner werden hierzu im November einen

neuen Kreisvorstand gewählt haben. In Teilen werden wir uns erneuern und anschließend mit voller Kraft auf den Wahlkampf konzentrieren. Bereits seit Sommer sind wir in Dresden mit regelmäßigen Infoständen, neuen Infomaterialien und offensiven Herangehensweisen präsent. Denn für uns läuft der Wahlkampf bereits, um erste Erfahrungen und Eindrücke zu sammeln. Deswegen unser Apell: Lassen wir uns nicht verunsichern über spekulative Wahlergebnisse oder Berliner Verhältnisse, sondern lasst uns gemeinsam kämpfen und siegen! Besser gestern als heute. Einen zweiten Versuch werden wir nicht so schnell bekommen.



GÖRLITZ

NEUER ALTER VORSTAND UND REISE NACH PRAG



Am 27. September 2018 um 18:00 Uhr kamen wir in Görlitz zur ordentlichen Mitgliederversammlung zusammen. **Florian Oest** wurde dabei wieder zum Vor-

sitzenden gewählt. Seine Devise für die kommenden zwei Jahre ist: **"Unser Fokus liegt auf den Kommunalwahlen 2019. Wir wollen gute Ergebnisse für die CDU**

selm Hofmann. Der Kreis der Beisitzer hat sich erweitert: neu dabei sind der CDU-Vorsitzende aus Bad Muskau/Krauschwitz **Tom Lehnert**, der Görlitzer Verwaltungsfachwirt **Björn Wendtland**, der Weißwasseraner Abiturient **Erik Tepper** sowie der Görlitzer Oberschüler **Nikolai Radusch.**

und die junge Generation in den Gemeinderäten und dem Kreistag vertreten". Als Florians Stellvertreter wurden **Clemens Kuche** und **Martin Kulke** bestätigt. Neues Vorstandsmitglied ist der Görlitzer Bürgerrat **An-**

Unsere Bildungsreise des RPJ Sachsen e. V. kurz vor der Mitgliederversammlung ging in die **Hauptstadt der Tschechischen Republik.** Zu den Ausflugszielen gehörten der Alte Jüdische Friedhof und das Sächsische Verbindungsbüro. Die **Vertreterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung Alena Resl** informierte über die politischen Veränderungen seit der Abgeordnetenhauswahl 2017.



ANZEIGE

SEMINARREIHE



Collegium regional – Wissen vor Ort

- Grundlagen der Kommunalpolitik
- Kommunalpolitik in den Medien
- Kommunikation im öffentlichen Raum
- Demokratie braucht Mehrheiten – zwischen Konsens und Konflikt

Schulstraße 5
02977 Hoyerswerda

Tel.: 03571-407217
Fax: 03571-407219

bks@bks-sachsen.de
www.bks-sachsen.de

mit renommierten und erfahrenen Referenten
(Termine und Veranstaltungsorte individuell vereinbar)

LEIPZIG GEWAPPNET FÜR DIE KOMMUNALWAHL



Es sind stürmische politische Zeiten, sodass es manchmal nicht einfach ist, zu erklären warum man sich im Ehrenamt politisch engagiert. Doch ist es gerade jetzt wichtig, politische Statements zu setzen und für unsere Demokratie einzustehen. Wir als JU Leipzig geben weiterhin alles, um Politik vor Ort aktiv gestalten zu können. Dazu zählt auch, dass wir uns auf die Kommunalwahl im kommenden Jahr vorbereiten. Bei unserem letzten Kreisparteitag der CDU, wo die Listen für die Stadtratswahlkreise nominiert wurden, konnten wir

als JU ordentlich punkten. Bei 10 Wahlkreisen und damit knapp über 100 Kandidaten, konnten wir 26 JU'ler auf die Liste bringen. Somit stellen wir knapp 25 Prozent aller Stadtratskandidaten, mit sieben JU'lern auf aussichtsreichen Plätzen. Darauf wollen wir uns natürlich nicht ausruhen, denn der Wahlkampf wird hart. Aus diesem Grund hat unsere AG Wahlkampf schon ihre Arbeit aufgenommen. In verschiedenen Sitzungen setzen wir uns mit wichtigen Themen rund um die heiße Phase auseinander, sei es eine wahlkreisspezifische

Themensetzung oder das richtige Plakatieren.



MEISSEN BRÜCKEN BAUEN – TREFFEN MIT UNSEREN TSCHECHISCHEN PARTNERN



Gemeinsam mit dem RPJ Sachsen e.V. führten wir am 13. Juni die Veranstaltung „Pizza und Politik“ mit Kultusminister Christian Piwarz in Meissen durch. Rund 80 Schüler und Auszubildende aus dem gesamten Landkreis waren unserer Ein-

ladung gefolgt und diskutierten mit dem Minister über aktuelle Bildungsthemen. Unser Sommerfest am 10. August läutete dann das Ende der Sommerpause ein. Rund 20 Mitglieder und Gäste aus verschiedenen Kreisverbänden feierten mit

uns zusammen in der Beachbar Meissen. Vom 14. bis zum 16. September waren Vertreter der Mladí křesťanství demokratie (MKD) zu Gast bei uns. Nachdem bereits vor zwei Jahren ein erstes Treffen in Prag stattgefunden hatte, fand nun der Gegenbesuch statt. Auf dem Programm standen ein Besuch des Sächsischen Landtages sowie ein Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler, eine Gesprächsrunde mit unserem Landesvorsitzenden Tom Unger, eine Rundfahrt durch den Landkreis Meissen mit Besuch von Großenhain und Meissen, Gespräche mit unseren Landtagsabgeordneten Sebastian Fischer und Daniela Kuge sowie ein Besuch der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Es war ein schönes Wochenende mit unseren Gästen und eine gute Möglichkeit, die Vernetzung zwischen beiden Ländern voranzutreiben.



SÄCHSISCHE SCHWEIZ-OSTERZGEBIRGE

JU SOE LÄDT ZUM BURGER-GESPRÄCH



Wann fährt der Bus im ländlichen Raum? Wer unterstützt den Sportverein? Wann wird die Schule saniert? Beim "BURGER-GESPRÄCH" in Pirna haben wir mit Mitgliedern und interessierten jungen Leuten aus dem gesamten Landkreis beim gemütlichen Burger-Essen darüber gesprochen, was sie bewegt.

„Der Kurs der Jungen Union vor Ort, sich inhaltlich auszutauschen und dabei den Spaß nicht hintenan zu stellen, hat sich über Jahrzehnte bewährt. Schon im ersten Halbjahr 2018 haben wir als größter politisch engagierter Jugend-

verband im Landkreis mit unserer Klausurtagung eine erfolgreiche Diskussion mit interessierten jungen Leuten in Richtung Wahljahr 2019 erlebt. Daran knüpfen wir an und ergänzen mit dem „BURGER-GESPRÄCH“ unser Angebot an öffentlichen Veranstaltungen“, so Benjamin Rosenkranz, JU-Kreisvorsitzender.

Neben ihm hat auch Oliver Wehner, Abgeordneter des Sächsischen Landtages und Mitglied der JU im Landkreis SOE, die Gelegenheit für den spannenden Austausch genutzt.

ZWICKAU

KOMMUNALPOLITISCHES SEMINAR IN CALLENBERG



Zur Vorbereitung unserer jungen Kandidaten auf den Kommunalwahlkampf 2019 veranstalteten Junge Union Zwickau, KPV Zwickau und das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. am 27.10.2018 ein Seminar unter dem Titel „Aufgaben und Verantwortung kommunaler Räte“ in Callenberg.

Unter der Leitung von Prof. Gerald Svavrovsky boten sich anschauliche Einblicke in die rechtlichen Grundlagen, sowie in die Anforderungen und Aufgaben von Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten. Der Callenberger Bürgermeister Daniel Röthig berichtete über die Handhabung einzelner Themenschwerpunkte bei sich vor Ort und stellte somit einen

besonderen Praxisbezug her. Das Seminar erwies sich als gelungene Auftaktveranstaltung für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf, denn die Junge

Union Zwickau wird zu den Kommunalwahlen am 26. Mai nächsten Jahres voraussichtlich 16 Kandidaten auf den Listen der CDU stellen.



AUFGESCHNAPPT!

Die Älteren unter euch werden sich noch an diese Rubrik erinnern. Auf Wunsch vieler dieser Älteren haben wir die Rubrik wieder aufgegriffen und hoffen, dass sie erneut Anklang findet. Wir freuen uns auf euer Feedback und wenn ihr eigene Dialoge hier abgedruckt sehen möchtet, schickt sie bitte an dss@ju-sachsen.de.

Abreise zum Flughafen Bildungsreise Minsk:

Tom Unger: „Dr. Thomas Kämpfe ist das akademische Rückgrat dieser Delegation.“
Zwischenruf: „Aber Hagen Schäfer hat doch auch einen Dokortitel.“
Anderer Zwischenrufer: „Aber er ist nur Germanist!“

Bildungsreise Minsk, Tom Unger nach dem 10. Versuch ein Gruppenfoto zu machen:
Tom Unger: „This is much a lot better!“

Landesvorstandssitzung:

Tom Unger: „Im Rahmen seiner Tour durch alle Landesverbände der JU ist Paul Ziemiak in 12 Tagen 30.000 km gefahren.“
Carsten Büttner: „Ich hab das gerade mal ausgerechnet. Die Referenzstrecke Kiel –Inzell ist rund 1000 km. Da fährt man 10 Stunden. Das heißt er hätte rund 300 Stunden im Auto verbringen müssen. Das sind rund 13 Tage. Da hätte er aber auch keine Rast machen dürfen. Bei flüssigem Verkehr!“

Ankunft in Minsk, Transfer Flughafen – Hotel

Reiseleiterin: „I was in Dresden a year ago. It's the capitol of your land.“
Paul Schäfer: „My Land is the Vogtland!“

Landesvorstandssitzung, Carsten Büttner:

„Also wenn die MIT sich jetzt schon bei ihren zehn Thesen darauf festlegen muss, dass sie sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennen, dann ist es ganz schlimm um die Partei bestellt.“

Carsten Büttner erklärt uns die Feinheiten der erzgebirgischen Mundart

„Es gibt im Deutschen nur ein Wort, bei dem die Einzahl und die Mehrzahl des Wortes das gleiche Wort ist. Und das ist beim erzgebirgischen Wort für ‚Pferd‘ der Fall! Ein Beispiel: ‚Guck! Da auf der Wiese steht ein Pfar. Guck! Da auf der Wiese stehen zehn Pfar.“

Wer die Lausitz liebt, stärkt sie mit Energie

Zuverlässig, effizient und wettbewerbsfähig sorgt unsere Energie für pulsierendes Leben in Millionen Haushalten, treibt die deutsche Wirtschaft an und ist Grundlage für eine immer anspruchsvollere digitale Welt.

Mit unserem Revierkonzept liegt ein Plan vor, der die deutsche Energiewende mit flexibler Bergbau- und Kraftwerkstechnik flankiert. Den internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz werden wir gerecht und schaffen den notwendigen Zeithorizont für einen planvollen Strukturwandel vor Ort.

Damit die Lausitz eine Region voller Energie bleibt.